

4. Die Veränderungen des Erwerbseinstiegsprozesses während der Transformation in Ostdeutschland – Hypothesen

Das Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem in der DDR war durch eine starke Verzahnung gekennzeichnet (substitutionsorientiertes Abstimmungskonzept), die zu einer hohen Standardisierung des Erwerbseinstiegsprozesses führte. Im Zuge der Transformation wurden die rechtlichen Grundlagen für die Einführung eines mobilitätsorientierten Abstimmungskonzeptes zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem gelegt. Ab diesem Zeitpunkt bestimmten die Relationen von Angebot und Nachfrage auf einem konjunkturabhängigen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt maßgeblich die Bildungs- und Erwerbschancen beim Übergang von der Schule ins Erwerbsleben. Der tiefgreifende Umbruch im Bildungs- und Beschäftigungssystem bedeutete einerseits eine größere individuelle Entscheidungsfreiheit bei der Wahl der schulischen und beruflichen Ausbildung und Erwerbstätigkeit, andererseits waren diese Freiheiten durch eine besonders prekäre Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation eingeschränkt. Aus diesen Veränderungen der Strukturierung des Verhältnisses von Bildung und Beschäftigung ergibt sich die zentrale Forschungshypothese der vorliegenden Arbeit:

Zentrale Forschungshypothese

Ausgehend von einem hohen Standardisierungsgrad des Erwerbseinstiegs in der DDR war der Übergang vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem während der Transformation durch spezifische Destandardisierungstendenzen gekennzeichnet.

Im Anschluss an den Minimalkonsens der meisten theoretischen Vorstellungen im Zusammenhang mit Destandardisierungstendenzen bedeutet dies eine „größere individuelle Vielfalt“ bzw. „stärkere Differenzierung“ (Buchmann/ Sacchi 1995b: 49) des Erwerbseinstiegsprozesses während der ostdeutschen Transformation. Die zunehmende Vielgestaltigkeit und stärkere Differenzierung kann sich sowohl a) in zeitlicher, b) in sachlicher als auch c) in sozialer Hinsicht zeigen (vgl. Hillmert 1999: 45ff.). Im Hinblick auf die Analyse zeitbezogener Destandardisierungstendenzen der Erwerbseinstiegsprozesse sind hauptsächlich Veränderungen (1) von Zeitpunkten des Übergangs von einer Position oder Status-Rollen-Kombination in eine andere, (2) von Dauern des Aufenthalts in einer bestimmten Position bzw. sozialen Lage und (3) von Sequenzen, d.h. die Aufeinanderfolge unterschiedlicher Status-Rollen-Kombinationen bzw. Lebensereignisse (Buchmann/ Sacchi 1995b: 49), zu untersuchen. Destandardisierungstendenzen des Erwerbseinstiegsprozesses in sachlicher Hinsicht beziehen sich auf die Veränderungen der Bedeutung bestimmter Fähigkeiten und Fertigkeiten für erwerbsbezogene Tätigkeiten. Zu prüfen ist demnach, welche Konsequenzen die berufsstrukturellen Veränderungstendenzen für die Bildungs-

und Erwerbsverläufe der Jugendlichen hatten. Destandardisierungstendenzen des Erwerbseinstiegsprozesses in sozialer Hinsicht schlugen sich insbesondere in einer veränderten Bedeutung verschiedener Differenzierungskriterien für die soziale Positionierung nieder. Aus diesen Überlegungen ergeben sich eine Reihe von – die zentrale Forschungshypothese konkretisierenden und differenzierenden – Hypothesen.

4.1. Das Ende der Standardisierung? Verzögerung, Ausdehnung und zunehmende Vielgestaltigkeit beim Erwerbseinstieg

Die hohe Standardisierung des Erwerbseinstiegsprozesses in der DDR kommt vor allem in einer starken lebenszeitlichen Festlegung von Zeitpunkten bestimmter Erwerbseinstiegsereignisse und in einer weitgehend verbindlichen Definition von Verbleibs- und Übergangsdauern zum Ausdruck. In der Regel folgten auf eine mehr oder weniger ausgedehnte Ausbildungsphase relativ kontinuierliche Beschäftigungsphasen im ausgebildeten Beruf und im Ausbildungsbetrieb. Aufgrund der sehr engen Kopplung von Bildungs- und Beschäftigungssystem war der Übergang von der Schule in die Erwerbstätigkeit für die Jugendlichen relativ leicht kalkulier- und überschaubar.

Für die 1971 in der DDR Geborenen war bis zum Sommer 1987/88 bereits entschieden, ob sie ihre schulische Ausbildung bis zum Abitur fortsetzen oder welche berufliche Ausbildung sie im Anschluss an die Beendigung der POS beginnen konnten. Damit waren die Zeitpunkte der Beendigung der Schule und des Beginns einer ersten Ausbildung auch für diese Geburtskohorte lebenszeitlich noch weitgehend institutionell vorgegeben. Aufgrund der Entkopplung von Bildungs- und Beschäftigungssystem während der ostdeutschen Transformation stellte sich für die Jugendlichen, deren Berufsentscheidung noch unter den Bedingungen der DDR-Gesellschaft gefallen war, einerseits die Frage nach dem Beschäftigungswert ihres Ausbildungszertifikats auf einem berufsstrukturell stark veränderten Arbeitsmarkt. Aus dem Wegfall der durch die Verfassung verbürgten Garantie, sowohl einen Ausbildungsplatz nach Beendigung der Schule als auch einen Arbeitsplatz nach Beendigung der beruflichen Ausbildung zu erhalten, resultierten erhebliche Erwerbseinstiegsrisiken für die Jugendlichen (Arbeitslosigkeit, Berufs-, Betriebswechsel etc.). Mit dem Übergang von einer plan- zu einer marktwirtschaftlichen Regelung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes und der Neuordnung des Schul- und Berufsausbildungssystems im Zuge der ostdeutschen Transformation eröffneten sich nach 1989 für die Jugendlichen andererseits jedoch auch neue Chancen der individuellen Gestaltung des Erwerbseinstiegs.

Die prekäre Situation auf einem durch den strukturellen Umbau der Wirtschaft geprägten Arbeitsmarkt und die sich neu ergebenden Spielräume für eine eher individuelle Gestaltbarkeit von Bildungs- und Erwerbsverläufen begründen die Vermutung, dass sich die Erwerbseinstiegsereignisse nach Beginn der ersten beruflichen Ausbildung im

ostdeutschen Transformationsprozess auf einen späteren Zeitpunkt im individuellen Lebensverlauf verschob. Da die 1971 in der DDR Geborenen 1989 jedoch bereits den größten Teil ihrer beruflichen Erstausbildung absolviert hatten, ist davon auszugehen, dass sie diese Ausbildung in der Regel auch beendeten. Demnach sollten sich vor allem Erwerbseinstiegsereignisse nach Abschluss der ersten beruflichen Ausbildung, vor allem die Aufnahme einer ersten Erwerbstätigkeit sowie das Erreichen einer relativ stabilen beruflichen Position im Lebensverlauf verzögern.

1. *Lebenszeitliche Destandardisierungshypothese*

Im Zuge der ostdeutschen Transformationsprozesse verlagerte sich der Zeitpunkt bestimmter Ereignisse beim Erwerbseinstieg auf einen späteren Zeitpunkt im individuellen Lebensverlauf.

Der Erwerbseinstiegsprozess der 1971er Geburtskohorte folgte hinsichtlich der Beendigung der Schule und des Beginns einer ersten beruflichen Ausbildung noch weitgehend den in der DDR vorgegebenen lebenszeitlichen Erwerbseinstiegsmustern. Mit der Vermutung einer Verzögerung von Erwerbseinstiegsereignissen ist implizit die Annahme einer Ausdehnung des Erwerbseinstiegsprozesses während der ostdeutschen Transformation enthalten. Die 1971 in der DDR geborenen Jugendlichen mussten – ausgestattet mit DDR-Ausbildungszertifikaten – den Übergang ins Erwerbsleben während der weitreichenden berufsstrukturellen Veränderungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt bewältigen, weitgehend ohne Senioritätsrechte in Anspruch nehmen zu können. Anzunehmen ist, dass gerade diese Jugendlichen sich der veränderten Nachfrage nach bestimmten Qualifikationen anzupassen versuchten. Insbesondere jene Jugendlichen, die in nicht mehr nachgefragten Berufen ausgebildet wurden, sind – wollen sie nicht arbeitslos werden bzw. bleiben – gezwungen, entweder erneut eine berufliche Ausbildung zu absolvieren oder einer un- bzw. angelernten, häufig unsicheren beruflichen Tätigkeit nachzugehen.

2. *Dauerbezogene Destandardisierungshypothese*

Während der ostdeutschen Transformation kam es zu einer zeitlichen Ausdehnung des Erwerbseinstiegsprozesses sowohl durch die vermehrte Aufnahme einer weiteren beruflichen Ausbildung als auch durch das verzögerte Erreichen einer relativ stabilen beruflichen Position.

Die hohe Standardisierung des Erwerbseinstiegsprozesses in der DDR widerspiegelt sich jedoch nicht nur in einer starken lebenszeitlichen Festlegung von Ereigniszeitpunkten und Verbleibs- und Übergangsdauern, sondern auch in einer institutionell festgelegten Abfolge

der einzelnen Ereignisse beim Erwerbseinstieg. Durch die weitgehende zentralstaatliche Planung der Bildungsbeteiligung und der Zugangsquoten in die verschiedenen Bildungs- und Ausbildungsgänge sollte in der DDR eine optimale Ausbildungs- und Arbeitskräfteallokation erreicht werden. Das am häufigsten auftretende Erwerbseinstiegs muster in der DDR sollte demnach durch fließende Übergänge zwischen Schule und Ausbildung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit und einer stabilen Beschäftigung im Ausbildungsberuf gekennzeichnet werden können (Direktes Erwerbseinstiegs muster). Nur sehr selten sollten – in unterschiedlicher Art – Destabilisierte Erwerbseinstiegs muster (z.B. kein berufsadäquater Erwerbseinstieg, Berufswechsel, Mehrfachausbildung etc.) auftreten.

Obwohl die Jugendlichen der 1971er Geburtskohorte ihren Erwerbseinstieg während der ostdeutschen Transformation bewältigen mussten, ist auch bei ihnen ein gewisser Anteil Direkter Erwerbseinstiegs muster – vor allem bei den Jugendlichen, die in verstärkt nachgefragten Berufen ausgebildet wurden – zu erwarten. Jedoch ist davon auszugehen, dass der Anteil der Jugendlichen mit einem Destabilisierte Erwerbseinstiegs muster während der ostdeutschen Transformation zunahm, da sich die Jugendlichen, deren Entscheidung für einen Beruf noch in der DDR gefallen war und die ihren Erwerbseinstieg während der ostdeutschen Transformation bewältigen mussten, wahrscheinlich stärker beruflich reorientieren mussten. Vor allem weil für die Zeit nach 1989 auch Langzeitarbeitslosigkeit beim Erwerbseinstieg – besonders bei bestimmten Problemgruppen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt (Schäfer 1998: 15) – eine zentrale Rolle spielte, kann darüber hinaus vermutet werden, dass im ostdeutschen Transformationsprozess ein im Wesentlichen durch Arbeitslosigkeitsperioden strukturiertes Erwerbseinstiegs muster neu entstand (Instabiles Erwerbseinstiegs muster).

3. Sequenzmusterspezifische Destandardisierungshypothese

Die Erwerbseinstiegs muster wurden während des ostdeutschen Transformationsprozesses vielfältiger: Einige Jugendliche konnten auch nach 1989 ein Direktes Erwerbseinstiegs muster realisieren. Jedoch nahm nicht nur der Anteil der Jugendlichen mit Destabilisiertem Erwerbseinstiegs muster zu, sondern es entstand auch ein neues im Wesentlichen durch Arbeitslosigkeitsperioden strukturiertes Instabiles Erwerbseinstiegs muster.

4.2. Berufsspezifische Ent- und Aufwertung von Ausbildungszertifikaten

Die mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion einsetzende Umstrukturierung des DDR-Wirtschaftssystems in eine Marktwirtschaft war nicht nur mit einem enormen Beschäftigungsabbau, sondern ebenfalls mit einem tiefgreifenden berufsstrukturellen Wandel nachgefragter Qualifikationen verbunden. Bei einer beruflichen Gestaltung des Verhältnisses von Bildungs- und Beschäftigungssystem – so ist in den theoretischen

Überlegungen zur Konzeption des Erwerbseinstiegsprozesses deutlich geworden – attestieren die beruflichen Ausbildungszertifikate die Einsetzbarkeit im Ausbildungsberuf, gewährleisten die Transferierbarkeit der Qualifikation in andere Betriebe und signalisieren den Arbeitgebern allgemein verbindliche Qualifikationsmerkmale. Sie begrenzen jedoch – und dies ist im ostdeutschen Transformationsprozess von besonderer Bedeutung – den (vollständigen) Qualifikationstransfer auf ein berufsfachliches Betätigungsfeld. Mit dem substitutionsorientierten Abstimmungskonzept zwischen Bildung und Beschäftigung in der DDR war das Ziel einer optimalen Ausbildungs- und Arbeitskräfteallokation verbunden, das durch die weitgehend zentralstaatliche Planung der Zugangsquoten in die verschiedenen Bildungs- und Ausbildungsgänge umgesetzt werden sollte. Ungeplante berufliche Mobilität lief diesem Ziel zuwider, so dass in der DDR nicht nur der Übergang zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem in Bezug auf die Berufsstruktur relativ passgenau war, sondern auch im späteren Erwerbsverlauf eine hohe Passung von Ausbildungsberuf und beruflicher Tätigkeit gewährleistet wurde.

In der Transformationsforschung ist es bislang jedoch ungeklärt geblieben, ob es während der ostdeutschen Transformation zu einer Bedeutungszunahme oder einem Bedeutungsverlust beruflicher Ausbildungszertifikate für eine Beschäftigung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt gekommen ist. Es gibt vielfältige Hinweise auf eine Bedeutungszunahme beruflicher Ausbildungszertifikate im Zuge der Transformation in Ostdeutschland: Empirische Untersuchungen belegen Schließungstendenzen nach Höhe und Inhalt des beruflichen Bildungsabschlusses (Mayer/ Diewald/ Solga 1997: 18ff.); zeigen, dass Auf- und Abstiege hauptsächlich in Richtung einer Übereinstimmung zwischen dem beruflichen Ausbildungsabschluss und der beruflichen Erwerbstätigkeit erfolgten (Diewald 1999: 326f.) und dass erhöhte Arbeitslosigkeits- und Berufswechselrisiken bei fehlender Übereinstimmung zwischen Ausbildungszertifikat und Erwerbstätigkeit im Jahr 1989 festzustellen sind (Diewald/ Solga 1997: 7ff.). Umstritten ist in dieser Debatte jedoch, ob nicht die vor 1989 gesammelten beruflichen Erfahrungen in die Analysen einbezogen werden müssen, um eine Überschätzung der Bedeutung beruflicher Bildungsabschlüsse für die Erwerbchancen in der Transformation zu vermeiden. Aus dieser Perspektive muss die Interpretation dieser Befunde durch die Überlegung, dass eine relativ stabile Beschäftigung in einem beruflichen Betätigungsfeld nicht nur durch zertifizierte, sondern auch durch nicht-zertifizierte berufliche Qualifikationen erreicht werden kann (z.B. Zühlke 2000: 181f.), ergänzt werden.

Da sich der Bedeutungswandel formaler Qualifikationen vornehmlich in einer ab- oder zunehmenden berufsstrukturellen Passung von Ausbildungszertifikat und ausgeübter Tätigkeit äußert, kann die Veränderung der Bedeutung beruflicher Ausbildungszertifikate für eine Beschäftigung im ostdeutschen Transformationsprozess jedoch auch durch eine direkte Analyse der sich verändernden berufsstrukturellen Passungsquoten zwischen Ausbildungszertifikat und Erwerbstätigkeit sichtbar gemacht werden. Wenn die berufsspezifische Passungsquote ab- bzw. zunimmt, kann von einer ab- bzw. zunehmenden

Bedeutung beruflicher Ausbildungszertifikate für die Erwerbschancen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ausgegangen werden. Durch eine Gegenüberstellung der Passungsquoten zwischen beruflicher Tätigkeit und erstem Ausbildungszertifikat sowie der bis zum jeweiligen Vergleichszeitpunkt erworbenen Ausbildungszertifikate können auch Aussagen hinsichtlich der unterschiedlichen Bedeutung eines zeitlich vorgelagerten oder parallelen Erwerbs zusätzlicher beruflicher Ausbildungszertifikate getroffen werden. Dabei wird deutlich, ob berufliche Mobilitätsprozesse in der ostdeutschen Transformation – stärker als es noch in der DDR üblich war – von einem Erwerb zusätzlicher Ausbildungszertifikate flankiert wurden.

In Abbildung 5 hatte sich gezeigt, dass der Beschäftigungsabbau im ostdeutschen Transformationsprozess zwischen unterschiedlichen Berufsfeldern deutlich differierte. Hauptsächlich in den landwirtschaftlichen und industriellen Tätigkeiten waren Beschäftigungsverluste zu verzeichnen. Für den Erwerbseinstiegsprozess während der ostdeutschen Transformation lassen sich daraus unterschiedliche Verwertbarkeiten verschiedener beruflicher Qualifikationen im nunmehr marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftssystem schlussfolgern. Darüber hinaus kann man erwarten, dass sich auch die Passungsquote zwischen beruflichem Ausbildungszertifikat und Erwerbstätigkeit zwischen verschiedenen Berufsfeldern unterschiedlich entwickelte. So ist z.B. für Bauberufe eine abnehmende Passungsquote im ostdeutschen Transformationsprozess aufgrund der Expansion der Baubranche und der Erhöhung des Anteils von Bauhilfsarbeitern wahrscheinlich.

4. Berufsspezifische Zertifikatsentwertungshypothese

Die Berufsspezifität des Beschäftigungsabbaus und -wachstums sowie die berufsspezifisch veränderte Bedeutung von Ausbildungszertifikaten bei Personalrekrutierungen führte im ostdeutschen Transformationsprozess zu berufsspezifischen Risiken der Ent- und Aufwertung von Ausbildungszertifikaten.

4.3. Die sich verändernde Bedeutung von Differenzierungskriterien für den Erwerbseinstiegsprozess

Angesichts der Ablösung des substitutions- durch das mobilitätsorientierte Abstimmungskonzept zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem während der ostdeutschen Transformation sind Veränderungen intragenerationaler Mobilitätsprozesse beim Erwerbseinstieg, d.h. die Rolle nicht-askriptiver (z.B. Bildungsniveau) und askriptiver (z.B. Geschlecht) Faktoren, höchst wahrscheinlich. Jedoch herrscht in der Transformationsforschung nach wie vor Uneinigkeit darüber, ob sich während der ostdeutschen Transformation das soziale Ungleichheitsgefüge der DDR reproduziert hat oder ob eine

vollständige Neuordnung sozialer Ungleichheiten – um nur die beiden Extrempositionen zu nennen – vollzogen wurde. Unter Bezugnahme auf diese Diskussion ist die Abhängigkeit der Veränderungen des Erwerbseinstiegsprozesses von intra- und intergenerationalen Differenzierungskriterien während der ostdeutschen Transformation zu prüfen.

4.3.1. *Statusreproduktion oder Statusmobilität?*

Im Mittelpunkt der sozialwissenschaftlichen Forschung zur sozialen Positionierung einer Person in der Gesellschaft steht die Frage, ob der soziale Status von den Eltern auf ihre Kinder vererbt (ascription und Statusreproduktion) oder ob er durch Bildungsprozesse erworben (achievement und Statusmobilität) werden kann. Das Ausmaß, in dem der soziale Herkunftszusammenhang für den Zugang zu den verschiedenen sozialen Positionen einer Gesellschaft eine Rolle spielt, ist u.a. von der Gestaltung des Bildungssystems abhängig. Je nachdem, wie das Bildungssystem die Vermittlung von Wissen selbst sowie den Zugang zu Bildung regelt, kommt Merkmalen wie dem sozialen Status der Eltern, politischem Loyalitätsverhalten eine mehr oder weniger große Bedeutung zu.

In Kapitel 3 hatte sich gezeigt, dass auch in der DDR – entgegen dem ideologischen Anspruch, das Bildungssystem nach dem Prinzip der schichtproportionalen Chancengleichheit zu organisieren – der Zugang zu weiterführenden Bildungsgängen sozial selektiv erfolgte. Demnach reproduzierte sich das soziale Ungleichheitsgefüge in der DDR in wachsendem Maße über die Zulassungsentscheidung zum Abitur. Derart deutliche Aussagen zu den intergenerationalen Mobilitätsprozessen beim Erwerbseinstieg lassen sich für die Zeit der Transformation in Ostdeutschland nicht formulieren. Das hängt vor allem mit Schwierigkeiten in Bezug auf die Einschätzung der Veränderungen von Mechanismen der sozialen Positionierung während weitreichenden gesellschaftlichen Wandels zusammen. Einerseits ist, da die 1971 geborenen Jugendlichen ihre wichtigsten Ausbildungsinvestitionen bereits in der DDR getätigt hatten, von einer Weitergabe der aus dem strukturellen Bezugsrahmen der DDR resultierenden sozialen Benachteiligungen und Begünstigungen der Eltern an ihre Kinder auszugehen. Insbesondere die Bildungs- und Berufsentscheidungen nach Schulabschluss fanden unter den DDR-spezifischen Zuweisungs- und Reproduktionsbedingungen statt. Darüber hinaus sollte die soziale Herkunft angesichts des weitgehenden Statuserhalts nach 1989 (Mayer 1996: 334) auch für die Bewältigung kritischer Erwerbseinstiegsereignisse eine bedeutende Rolle spielen.

5a. *Einfache Reproduktionshypothese*

Die DDR-spezifischen sozialen Reproduktionsmechanismen hatten eine unverändert hohe Relevanz für die Bewältigung des Erwerbseinstiegsprozesses während der Transformation in Ostdeutschland.

Andererseits ist es jedoch fraglich, dass während der ostdeutschen Transformation eine unveränderte Übertragung der sozialen Benachteiligungen und Begünstigungen von den Eltern auf ihre Kinder erfolgte. Können die Eltern angesichts ihres weitgehend fehlenden Erfahrungshintergrundes in Bezug auf die neuen Bildungs- und Beschäftigungschancen und angesichts massiver eigener Probleme – vor allem in Bezug auf ihre Erwerbstätigkeit – überhaupt noch eine Rolle für den Erwerbseinstiegsprozess ihrer Kinder spielen?¹¹⁵ Da meines Wissens keine Untersuchungen zum Einfluss sich verändernder Herkunftseinflüsse im Allgemeinen und während tiefgreifender gesellschaftlicher Wandlungsprozesse im Besonderen vorliegen, kann über die Relevanz dieser Veränderungen für den Erwerbseinstiegsprozess der ostdeutschen Jugendlichen nur spekuliert werden.

Indem die Jugendlichen die sich ergebenden Möglichkeiten der Korrektur getroffener Bildungs- und Berufsentscheidungen nutzten, bestand auch die Möglichkeit, die intergenerationalen Reproduktionsmechanismen der „alten“ Gesellschaft zu durchbrechen. Darüber hinaus können sich durch die gesellschaftlichen Veränderungen auch die Nützlichkeit und Verfügbarkeit elterlicher Ressourcen verändern. Zu vermuten ist, dass eine Verschlechterung der sozialen Positionierung der Eltern während der Transformation zu einer Abschwächung der DDR-spezifischen sozialen Reproduktionsmechanismen führte. Eingedenk des besonderen Stellenwertes der sozialen Netzwerke der Eltern für die Informationsbeschaffung über Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten, und angesichts der Tatsache, dass die sozialen Netzwerke vor allem von der sozialen Position der Eltern im Beschäftigungssystem bestimmt werden, ist eine Benachteiligung von Jugendlichen, deren Eltern nach der Wende arbeitslos waren bzw. einen beruflichen Abstieg erlebten, beim Erwerbseinstieg, zu erwarten. Da über die soziale Positionierung der Eltern Weichenstellungen für den Bildungs- und Erwerbsverlauf ihrer Kinder stattfinden, sind auch Konsequenzen aus den Veränderungen dieser Gegebenheiten für den Bildungserwerb und den Erwerbseinstieg der Kinder wahrscheinlich.¹¹⁶ Aber nicht nur eine veränderte soziale Situation im Elternhaus kann einen Einfluss auf den Erwerbseinstiegsprozess der Kinder haben. In der DDR wirksame soziale Reproduktionsmechanismen können im Zuge der ostdeutschen Transformation sogar eine entgegengesetzte Wirkung haben. So ist es möglich, dass sich die, in Kapitel 3 herausgestellte, positive Auswirkung der SED-Zugehörigkeit der Eltern auf die soziale Positionierung ihrer Kinder nach 1989 in eine negativen Einfluss änderte.

¹¹⁵ Gegen die Vermutung, die Eltern hätten als Mitgestalter des DDR-Staates beim Umbruch in Ostdeutschland einen Autoritätsverlust erfahren, spricht die größere elterliche Beratungsakzeptanz in wichtigen Lebensfragen bei ost- gegenüber westdeutschen Jugendlichen (vgl. Seiring 1994: 37ff.). Allerdings beraten sich die ostdeutschen Jugendlichen sowohl bei beruflich-schulischen als auch in privaten Fragen – abgesehen von einer im Vergleich zu westdeutschen Jugendlichen besonderen Rolle des mütterlichen Rates – eher untereinander (vgl. Beer u.a. 1997: 34).

¹¹⁶ Becker stellt z.B. fest, dass prekäre Einkommenslagen die Bildungschancen von ostdeutschen Kindern beeinträchtigen. Diese Beeinträchtigungen können allerdings durch eine Mobilisierung anderer sozio-kultureller Ressourcen im Haushalt kompensiert werden (Becker 1999).

Um die Frage nach der Bedeutung intergenerationaler Mobilitätsprozessen für die Bewältigung des Erwerbseinstiegs während der ostdeutschen Transformation beantworten zu können, wird in der vorliegenden Arbeit der Zusammenhang zwischen elterlichem Bildungsniveau sowie (früherer und aktueller) sozialer Positionierung der Eltern und Bildungs- und Erwerbsverlauf eines Individuums als ein „Prozess der Ressourcetransformation“ (Henz 1996: 15) konzipiert.

5b. Dynamisierte Reproduktionshypothese

Die Möglichkeit der Korrektur getroffener Bildungs- und Berufsentscheidungen, die mögliche Verschlechterung der sozialen Positionierung der Eltern sowie die Veränderung der Nützlichkeit elterlicher Ressourcen während der ostdeutschen Transformation führt zu einer Abschwächung der DDR-spezifischen sozialen Reproduktionsmechanismen beim Erwerbseinstieg.

4.3.2. Differenzierende Bedeutung von Qualifikation, Geschlecht und individueller Erfahrung

In der DDR war Bildung zwar eines der wichtigsten Kriterien für die soziale Positionierung in der Gesellschaft, jedoch nicht das einzige (vgl. Kapitel 3). Die soziale Positionierung erfolgte nicht nur aufgrund allgemeiner und beruflicher Qualifikationen, sondern auch aufgrund politischer Loyalitätsbekundungen. Mit der Etablierung des mobilitätsorientierten Abstimmungskonzepts zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem und damit der angestrebten Entpolitisierung der sozialen Positionierung in der Gesellschaft gewannen – so lässt sich vermuten – meritokratischen Kriterien für den Erwerbseinstiegsprozess während der ostdeutschen Transformation an Bedeutung.

6. Bildungsaufwertungshypothese

Das Bildungsniveau wurde zu dem zentralen Kriterium für die erfolgreiche Bewältigung des Erwerbseinstiegsprozesses während der ostdeutschen Transformation.

Intragenerationale Mobilitätsprozesse werden aber nicht nur durch nicht-askriptive Faktoren bestimmt, sondern auch – wie bereits in den theoretischen Überlegungen dieser Arbeit deutlich wurde – durch askriptive Faktoren. Einer der zentralen askriptiven Faktoren ist das Geschlecht: Frauen waren von der Übertragung des westdeutschen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems im Transformationsprozess in besonderem Maße betroffen. Der von Familienstand und Kinderzahl weitgehend unabhängige hohen Erwerbsbeteiligung von

Frauen in der DDR stehen geschlechtsspezifische Entlassungsrisiken während der ostdeutschen Transformation gegenüber. Empirische Untersuchungen belegen, dass vorrangig jüngere Frauen – „allerdings nicht aufgrund einer Konzentration auf familiäre Pflichten und des dadurch bedingten freiwilligen Rückzugs“ (Meyer 1997: 228) – aus dem Beschäftigungssystem ausgeschieden sind. Zwar bestanden in der DDR – entgegen dem Anspruch, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu gewährleisten – bemerkenswerte Benachteiligungen der Frauen in Bezug auf die Umsetzung der Qualifikation in eine adäquate Beschäftigung, jedoch ist mit einer erheblichen Verschärfung dieser Benachteiligungen zu rechnen. Dabei sollten die Auswirkungen des Systemwechsels (insbesondere der Wegfall der DDR-spezifischen sozialstaatlichen Unterstützungsleistungen für berufstätige Mütter) sowie der geschlechtsspezifischen Diskriminierung bei der Besetzung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen kumulieren und – trotz unverändert hoher Erwerbsneigung der Frauen – zu einer massiven Benachteiligung junger Frauen beim Erwerbseinstieg führen.

7a. Geschlechterdiskriminierungshypothese

Während der ostdeutschen Transformation verschärfen sich die Benachteiligungen der Frauen gegenüber den Männern beim Erwerbseinstieg.

Andererseits wurden in der DDR Frauen häufig in Berufen ausgebildet, für die nach 1989 ein gesteigerter Bedarf bestand. Vor dem Hintergrund dieser Überlegung verschwindet die Eindeutigkeit der Geschlechterdiskriminierungshypothese, denn viele Frauen hatten damit eine vergleichsweise günstige Ausgangsposition für den Start in die Marktwirtschaft. Die Veränderungen des Erwerbseinstiegsprozesses während der ostdeutschen Transformation sollten demnach zwar geschlechtsspezifisch differieren, jedoch entlang der Segregationslinien der erworbenen Ausbildungszertifikate.

7b. Geschlechtersegregationshypothese

Die starke geschlechtsspezifische Segregation der DDR-Ausbildungsberufe führte zu geschlechtsspezifischen Erwerbseinstiegschancen.

Geht man davon aus, dass die Bedeutung individueller Fähigkeiten und Anstrengungen für die Bildungs- und Erwerbsverläufe im ostdeutschen Transformationsprozess zugenommen hat, bleibt die Frage, ob auch die in der DDR gemachten individuellen Erfahrungen bei Bildungs- und Erwerbsentscheidungen nach 1989 noch eine Rolle für den Erwerbseinstiegsprozess spielten (vgl. Woderich 1991: 127ff.). Für die Jugendlichen, die sich während der ostdeutschen Transformation auf dem Weg von der Schule ins Erwerbsleben

befanden, entstand ein Spannungsverhältnis zwischen den Festlegungen des bisherigen Lebensverlaufs und den sich durch die veränderten Rahmenbedingungen neu ergebenden Möglichkeiten. Durch die Dereglementierung der schulischen und beruflichen Bildungswege im Zuge der ostdeutschen Transformation eröffneten sich den Jugendlichen neue Bildungschancen, die z.B. die nachholende Realisierung ursprünglicher Bildungs- und Berufswünsche möglich machte. Angesichts der Beschränkungen im Hinblick auf den Zugang zu höherer Bildung in der DDR ist gerade bei den bis 1989 noch nicht ins Erwerbssystem Eingemündeten ein hoher Anteil von Jugendlichen zu erwarten, die einen höheren allgemeinbildenden Schulabschluss nachholten. Vor allem aber die mit dem Ausbildungsberuf verbundenen Vorstellungen über die persönliche private und berufliche Zukunft mussten in Anbetracht des massiven berufsstrukturellen Wandels und der Veränderung der Positionszuweisungskriterien auf dem Arbeitsmarkt hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit und Wünschbarkeit überprüft werden. Ausgehend von ihren bisherigen Erfahrungen schätzen die Jugendlichen ihre berufliche Perspektive und die damit verbundenen Lebenschancen und -risiken unter den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein. Da sie auf keine, den neuen gesellschaftlichen Bedingungen entsprechenden Handlungsschemata zurückgreifen können, sind sie mit Anforderungen konfrontiert, für die sie erst adäquate Verhaltensweisen entwickeln müssen und die im Extremfall sogar vollständig konträr zu den unter den alten Systembedingungen geforderten stehen können. Die Frage nach den in den Individuen selbst liegenden Potentialen und den darauf basierenden möglichen Reaktionen auf die plötzlich veränderten Umwelтанforderungen wird so zu einer entscheidenden Bedingung des Verlaufs einer Transformation (vgl. Diewald 1999: 99).

Die Institutionen der DDR haben Orientierungen und Kompetenzen gefördert, die weniger auf die Anforderungen eines riskanten Arbeitsmarktes ausgerichtet waren (z.B. Heinz 1996: 291f.). Trotz einer vergleichsweise rigiden und dirigistischen Steuerung individueller Lebensverläufe waren jedoch auch oder gerade in der DDR Eigeninitiative, kommunikative und assoziative Fähigkeiten, Improvisations- und Organisationsgeschick wichtig für die Bewältigung alltäglicher Schwierigkeiten (vgl. Diewald 1999: 121ff.). Bezogen auf die Analyse des Erwerbseinstiegsprozesses während der ostdeutschen Transformation ist zu vermuten, dass es denjenigen Jugendlichen, die hinsichtlich der Gestaltung ihres Bildungs- und Erwerbsverlaufs vor 1989 positive Selbstwirksamkeitserfahrungen gemacht haben bzw. durchsetzungsfähig waren, eher gelang, ihren Erwerbseinstieg ohne berufliche Veränderungen zu bewältigen.

8. Selbstwirksamkeitstransferhypothese

Positive Selbstwirksamkeitserfahrungen und Durchsetzungsfähigkeit in der DDR begünstigten die Bewältigung des Erwerbseinstiegsprozesses während der ostdeutschen Transformation.

Die Überprüfung dieser übergreifenden Hypothesen stellt umfangreiche Anforderungen an die zugrunde zu legenden Daten und das zu verwendende Analysekonzept. Weil zurückliegende Ereignisse und Bedingungen durch eine verzögerte oder Langzeitwirkung mehr oder weniger weitreichende Konsequenzen für aktuelle bzw. zukünftige Handlungssituationen haben, sind weitgehend lückenlose, verschiedene Lebensbereiche umfassende Lebensverläufe einerseits und spezifische Analysemethoden andererseits die Grundlage für eine detaillierte empirische Analyse der Veränderungen des Erwerbseinstiegsprozesses während der ostdeutschen Transformation.